

# Das Parlament

Berlin, Montag 26. Juni 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 26 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Riesenhubers letzter Auftritt

Heinz Riesenhuber Er ist als Alterspräsident mit 81 ältestes Bundestagsmitglied und nach Wolfgang Schäuble (CDU) und Richard Stücklen (CSU) Abgeordneter mit der längsten Parlamentszugehörigkeit: Der frühere Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) hielt am Donnerstag seine letzte Rede im Bundestag, dem er seit 1976 ununterbrochen angehört. Der Mann mit dem Markenzeichen Fliege – diesmal eine rote – lobte in der Debatte über die „technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands“ den „vorzüglichen Aktionsplan“ der Bundesregierung. Der CDU-Politiker aus Hessen sagte, die „großartigste Zeit“ in vier Jahrzehnten Bundestag sei für ihn die Zeit der deutschen Einheit gewesen, als unzählige Beamte sich mit Begeisterung in zusätzliche Arbeit gestürzt hätten. Die Abgeordneten dankten Riesenhuber, der nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidiert, mit stehenden Ovationen. kru

## ZAHL DER WOCHE

260

Soldaten der Bundeswehr befinden sich auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik im Süden der Türkei, die nun nach einem Bundestagsbeschluss nach Jordanien verlegt werden. Umziehen werden auch die sechs „Tornado“-Aufklärungsflugzeuge und ein Tankflugzeug.

## ZITAT DER WOCHE

### »Mit dem sicheren Instinkt des großen Staatsmanns«

Norbert Lammert (CDU), Bundestagspräsident, in seiner Gedenkrede im Bundestag über Helmut Kohls Initiative zur deutschen Einheit 1989

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
Pflege Ausbildungsreform schafft ein einheitliches Berufsbild Seite 6

**INNENPOLITIK**  
Anhörung Viel Kritik an Netzwerkdurchsetzungsgesetz der Regierung Seite 7

**WIRTSCHAFT UND POLITIK**  
Technologie Regierung sieht hohe deutsche Hightech-Leistungsfähigkeit Seite 12

**KEHRSEITE**  
Jubiläum Verein der ehemaligen Parlamentarier feierte 40. Geburtstag Seite 14

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main

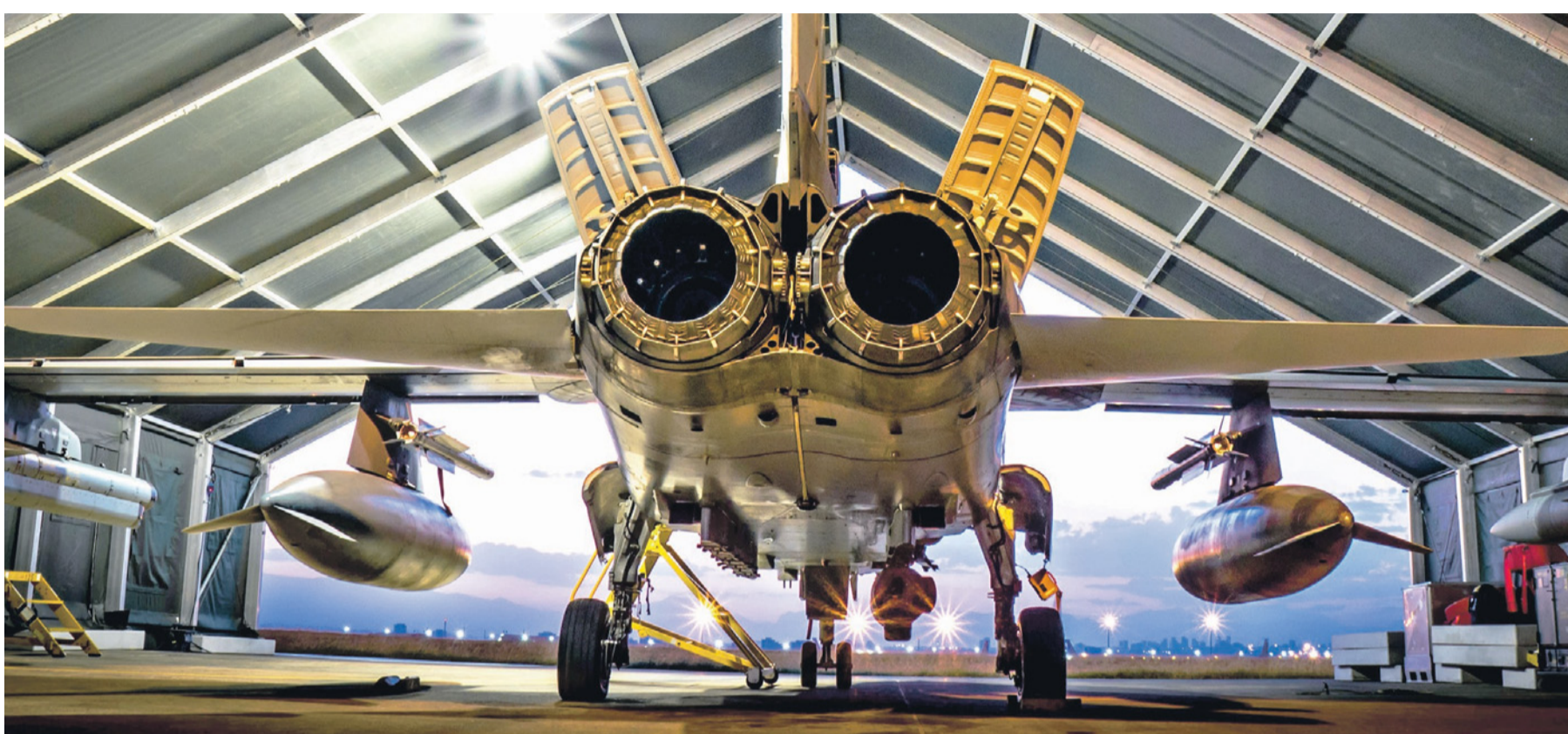


# Überfälliger Abzug

**BUNDESWEHR** Parlament billigt Truppenverlegung vom türkischen Incirlik nach Jordanien

Nur noch wenige Tage, dann bleiben die sechs in der Türkei stationierten deutschen Tornados für Wochen am Boden. Seit Beginn der Operation „Inherent Resolve“ im Januar 2016 waren die Aufklärungsjets der Bundeswehr mehr als 700 Mal im Einsatz über syrischem Gebiet und unterstützten die internationale Anti-IS-Koalition bei der Identifizierung von Angriffszielen. Damit ist vorerst Schluss. Nach monatelangem Streit mit der Türkei um die Besuchsrechte deutscher Bundestagsabgeordneter (siehe Seite 3) zog die Bundesregierung Anfang Juni die Reißleine und beschloss, den Standort Incirlik aufzugeben. Die Tornados sowie ein Tankflugzeug und die 260 stationierten Bundeswehrsoldaten sollen schnellstmöglich ins jordanische Al Azraq nahe der syrischen Südgrenze verlegt werden. Erstmals zieht sich die Bundeswehr damit im laufenden Einsatz aus einem Nato-Mitgliedsland zurück. Ein schwerer und mit Blick auf das deutsch-türkische Verhältnis schwerwiegender Schritt, den in der vergangenen Woche aber auch der Bundestag mit großer Mehrheit billigte. Ein neues Bundestagsmandat war für den Umzug nicht nötig, da Incirlik im Mandatstext nicht ausdrücklich festgeschrieben ist. Trotzdem sendete die breite Zustimmung zu einem namentlich abgestimmten Antrag (18/12779) von CDU/CSU und SPD – 458 Ja-Stimmen, 85 Nein-Stimmen, 23 Enthaltungen – ein wichtiges Signal der Rückendeckung an die Bundesregierung.

**Strapazierte Beziehungen** „Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee“, erklärte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, die Position des Hauses. „Wir, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, entscheiden, ob wir Soldatinnen und Soldaten in bewaffnete Einsätze schicken, und wir entscheiden im Zweifel auch, die Soldatinnen und Soldaten zurückzurufen.“ Es müsse daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Parlamentarier die Einsatzorte besuchen dürfen. Dass die Bundeswehr abziehen müsse, weil die Türkei dies verweigert habe, sei ein „einmaliger Vorgang“. Dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan warf Annen vor, die Besuchsfrage politisiert und instrumentalisiert zu haben. „Es ging ihm darum, zu mobilisieren und vor einem innenpolitisch hochbrisanten Referendum eine emotionale Debatte loszutreten. Er hat dafür die Beziehungen zu unserem Land schwer strapaziert und in ei-



Der Umzug der sechs Bundeswehr-Tornados an den neuen Standort soll zwei Monate dauern. Vor allem wegen der komplexen Auswertetechnik für die Luftbilder ist die Verlegung nach Al Azraq kompliziert.

nigen Punkten sogar aufs Spiel gesetzt.“ Das Verhältnis zur Türkei sei damit auf seinen vorläufigen Tiefpunkt angekommen. Der Grünen-Parteivorsitzende Cem Özdemir nannte die Entscheidung überfällig. „Wir hatten diese Situation schon vor einem Jahr, und da waren Sie leider nicht imstande, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen“, warf er der Bundesregierung vor. Das habe den türkischen Präsidenten ermutigt, auf seinem „falschen Weg“ weiterzumachen. „Herr Erdogan versteht die Sprache des Kuschelns nicht“, urteilte Özdemir. „Die einzige Sprache, die er versteht, ist, ihm deutlich zu machen, dass es Grenzen gibt, und diese Grenze ist schon länger überschritten.“

**»Erdogan hat die Beziehungen zu unserem Land aufs Spiel gesetzt.«**  
Niels Annen (SPD)

Wie zahlreiche andere Redner erinnerte der Grünen-Abgeordnete an die vielen in der Türkei inhaftierten Parlamentarier, Journalisten und Wissenschaftler, darunter auch zwei deutsche Staatsbürger. „Wir dürfen nicht eher ruhen, bis diese Menschen wieder in Freiheit und die türkischen Gerichte

wieder rechtsstaatliche Gerichte statt Willkürgerichte von Herrn Erdogan sind“, betonte Özdemir.

Die Grünen hatten zusammen mit der Linksfraktion einen eigenen Antrag (18/12372) vorgelegt, in dem beide zwar auch einen sofortigen Abzug vom Standort Incirlik fordern, aber nicht eine Verlegung nach Jordanien. Er wurde in namentlicher Abstimmung von 457 Abgeordneten abgelehnt. Nur 109 votierten dafür.

Gregor Gysi (Die Linke) vertrat den Standpunkt, dass „wir im Nahen Osten und in der gesamten Region militärisch gar nichts zu suchen haben“. Er forderte die Bundesregierung auf, „die Soldaten und ihre Waffen nach Hause zu holen und sie nicht nach Jordanien zu verlagern, damit sie dort ihre zwiespältige Rolle fortsetzen“. Gysi äußerte die Befürchtung, dass die Türkei als Nato-Mitglied Zugriff auf die von den Tornados gesammelten Daten aus Syrien und dem Nordirak erhält und diese

für den Kampf gegen die Kurden verwendet, die im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ ein wichtiger Verbündeter der Allianz sind.

Dem trat Henning Otte (CDU) jedoch entgegen: „Es werden keine Bilder an nicht festgelegte Kanäle weitergegeben“, versicherte er und erinnerte zudem daran, dass die Bundesregierung die kurdischen Peshmerga im Nordirak dabei unterstütze, „Leib und Leben ihrer Familien zu verteidigen“. Otte zeigte sich insgesamt zuversichtlich, dass die Soldaten ab Oktober am neuen Standort in Jordanien wieder voll operationstüchtig sein werden.

Reinhard Brandl (CSU) warnte davor, sich durch das Pochen auf das Besuchsrecht erpressbar zu machen. Dieses sei ein „wunderbarer Hebel für einen Herrscher“ wie Erdogan, um zu provozieren und den Abzug der Bundeswehr zu erzwingen, sagte er. „Es ist doch klar, dass sich sofort der nächste Herrscher überlegt, ob er diesen Hebel nicht ansetzen kann, sodass wir uns mit dieser Frage wieder beschäftigen müssen.“ Henning Otte erklärte das Besuchsrecht hingegen für „nicht verhandelbar“. Niels Annen mahnte: „Lassen Sie uns nicht an diesem Prinzip rütteln.“ Johanna Metz

## EDITORIAL

### Gängelband durchtrennt

VON JÖRG BIALLAS

Dieser Schritt musste sein. Wenn die Bundeswehr in den kommenden Monaten die türkische Luftwaffenbasis Incirlik verlässt, geschieht das mit breiter Unterstützung in der Heimat. Nicht nur aus der Politik. Auch in der Öffentlichkeit gibt es eine deutliche Mehrheit, die den Wechsel des Standortes in das jordanische Al-Azraq befürwortet.

Was wäre auch die Alternative gewesen? Hätte die Bundesrepublik sich von der Willkür des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan weiter demütigen lassen sollen? Wie wäre es bei den Soldaten angekommen, wenn Bundesregierung und Bundestag das Gängelband, an dem Erdogan Deutschland meinte vorführen zu können, nicht durchgeschnitten hätten? Die Türkei wusste genau, dass es sich Deutschland auf Dauer nicht bieten lassen könnte, wenn Abgeordnete immer wieder ein Besuch bei ihrer Truppe verweigert werden würde. Das Prinzip einer Parlamentsarmee wäre damit brüchig geworden.

Erdogan hat diese Situation in seiner Selbsterhöhung provoziert. Vermutlich ist es ihm egal, dass die Deutschen jetzt gehen. Er nutzt den Abzug der Bundeswehr als innenpolitische Demonstration der Macht. Ich, Erdogan, bestimme, wer in die Türkei einreisen darf. Mich, Erdogan, kann auch die Gefahr, international isoliert dazustehen, nicht schrecken. Mir, Erdogan, schreibt niemand vor, wie meine Politik zu gestalten ist.

Diese Politik der harten Hand kommt in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft gut an. Viele halten es für ein Zeichen der Stärke, wenn der Rechtsstaat zielgerichtet abgeschafft wird und die Justiz sich willfährig in den Dienst eines Autokraten stellt. Oder wenn demokratische Prinzipien wie die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit ganz unverhohlen unterlaufen werden.

Wie verbort und nachtragend es dabei zugeht, zeigt der Umstand, dass das Einreiseverbot für deutsche Parlamentarier immer noch mit der Resolution des Bundestages zum Völkermord in Armenien in Verbindung gebracht wird. Dieser Beschluss, in dem nichts weiter als eine historische Wahrheit beschrieben ist, liegt nunmehr ein Jahr zurück.

Auch wenn der Truppenabzug aus Incirlik den türkischen Präsidenten kaum beeindrucken dürfte: Die deutsche Entscheidung belegt, dass es für die freie Welt immer schwerer wird, die Türkei als Partner zu akzeptieren.

## Helmut Kohl – »Glücksfall für Deutschland und Europa«

**GEDENKEN** Bundestagspräsident Lammert würdigt verstorbenen Altkanzler im Bundestag. Staatsakt der EU in Straßburg

Bei einer Gedenkfeier im Bundestag hat Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) den verstorbenen ehemaligen Kanzler und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl als „Glücksfall für Deutschland und Europa“ gewürdigt. „Wir verdanken es wesentlich ihm, dass die heutige Realität ist, die friedliche Einheit unseres Landes in einem freien und befriedeten Europa“, sagte Lammert am Donnerstag in Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie den Altbundespräsidenten Joachim Gauck und Horst Köhler. Lammert sagte über Kohl, die Deutschen könnten sich „glücklich schätzen über Persönlichkeiten seines Formats, um die uns manche Nachbarn beneiden“. Der Verstorbene habe gewusst, dass das große nationale Ziel nur über die Einigung Europas zu erringen war. Der Bundestagspräsident erinnerte auch an „Verletzungen, die Kohl selbst erlitt und die er anderen zufügte“. Am Schluss sagte Lammert: „Wir vereinen uns in Respekt und Dankbarkeit vor dem Lebenswerk Helmut Kohls, dem Kanzler der Einheit und dem Ehrenbürger Europas.“ Anschließend erhoben sich die Anwesenden im Reichstagsgebäude zu einer Schweigeminute.



Kondolenzbuch im Kanzleramt mit einem Porträt von Helmut Kohl

Zuvor hatte Lammert am vergangenen Dienstag in einem Kondolenzschreiben an die Witwe Maike Kohl-Richter ihren Mann als „Persönlichkeit von historischer Größe“ bezeichnet.

Helmut Kohl war am Freitag, 16. Juni, in Ludwigshafen im Alter von 87 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Kein Bundeskanzler war bisher länger im Amt als Kohl, der die Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis

1998 regierte. Seinen Platz in den Geschichtsbüchern sicherte er sich, als er 1989 und 1990 maßgeblich zur Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschen in einem Staat nach mehr als vier Jahrzehnten Teilung beitrug. Seine Verdienste um die europäische Einigung und deutsche Einheit wurden weltweit gewürdigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) teilte mit, durch Kohl habe sie das Leben in einer Diktatur verlassen können. Bun-

despräsident Steinmeier hob in einem Kondolenzschreiben an Kohls Witwe dessen Einsatz für Europas Aussöhnung hervor. „Sein Werk wird Bestand haben.“ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker würdigte Kohl als „großen Europäer und sehr guten Freund“. Ohne ihn „gäbe es den Euro nicht“. Der frühere US-Präsident George Bush senior, der mit Kohl an den Zwei-plus-vier-Verhandlungen zur deutschen Einheit beteiligt war, bezeichnete den Altkanzler als „einen der größten Staatenlenker Nachkriegs-Europas“. Helmut Kohl wird als erste Persönlichkeit in der EU-Geschichte am 1. Juli mit einem europäischen Staatsakt in Straßburg geehrt. Danach wird im Dom zu Speyer ein Requiem für den Verstorbenen gehalten. Den üblichen nationalen Staatsakt gibt es auf Wunsch der Familie Kohl nicht. In Speyer wird Helmut Kohl dann beigesetzt. (siehe Seite 9 und Debatte) Hans Krump

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

